

Weniger Panzer – mehr Auslandseinsätze

Militärminister Maurer setzt beim Bestand den Rotstift an: Bald soll es nur noch 120 000 Armeeangehörige geben

Ueli Maurer muss auf Geheiss des Bundesrats die Armee verkleinern – von heute 200 000 auf 120 000. Und er will das Auslandengagement neu gestalten.

BEAT RECHSTEINER

Für einmal spendet sogar der politische Intimfeind Applaus: SP-Nationalrätin Evi Allemann zeigte sich gestern auf Anfrage der MZ erfreut über die Ankündigung Ueli Maurers, den Bestand der Armee massiv zu reduzieren. «Endlich, das wurde ja auch Zeit», entfuhr es der Berner Sicherheitspolitikerin. Die Frage ist allerdings, ob sich der SVP-Bundesrat freuen mag über das Lob von ungewohnter Seite. Schliesslich liegt das Abspecken des Armeebestands quer zu den Forderungen seiner Partei und dürfte für ihn eine reine Pflichtaufgabe sein.

Der Hintergrund für den Abbau ist ein Bundesratsentscheid, der Ende November vergangenen Jahres gefällt wurde – zum Missfallen der SVP wenige Tage vor der Wahl Maurers in die Regierung. Der Bundesrat beauftragte damals das Militärdepartement, die künftigen Bestände «im Sinne einer Reduktion zu überprüfen», also eine weitere Verkleinerung voranzutreiben. Dabei ging es vor allem darum, Geld zu sparen. Zudem sollten angesichts einer veränderten Bedrohungslage alte Überbestände beispielsweise bei den Panzern abgebaut werden.

Von einst 700 000 auf 120 000

Zur Erinnerung: Die Armee 61 hatte 700 000 Angehörige, die

Armee 95 kam noch mit 400 000 aus, und die Armee 21 rechnet mit 200 000 (aktueller Bestand). Und jetzt setzt Maurer noch einmal den Rotstift an. Wie er im Interview mit der «SonntagsZeitung» sagte, werden der Armee in zehn bis zwölf Jahren noch rund 80 000 Aktive und 40 000 Reservisten zur Verfügung stehen. Beginnen soll die Radikalkur in fünf bis sechs Jahren. Obwohl Maurer noch keine Details verrät, lassen sich einige Eckpunkte der Umstrukturierung bereits skizzieren:

- Reduziert wird vor allem bei den schweren Waffen wie Panzern und der Artillerie. Wahrscheinlich ist, dass Truppengattungen ganz abgeschafft oder zumindest abgespeckt werden, etwa indem weniger Rekrutenschulen durchgeführt werden.

- Ein gewisser Rückgang ergibt sich automatisch aus der demografischen Entwicklung: Gibt es durch den Geburtenrückgang weniger Stellungspflichtige, gibt es auch weniger Rekruten. Zudem nimmt die Zahl der Zivildienstleistenden zu.

- Eine Möglichkeit, den Bestand abzubauen, wäre eine nochmalige Herabsetzung des maximalen Dienstalters, das 2004 bereits von 42 auf 34 gesenkt wurde. Allerdings monieren Kritiker bereits heute, dass der Armee die Erfahrung der älteren Soldaten fehle.

- Sollte die Bedrohungslage einen grösseren Bestand verlangen, will Maurer dieses maximale Dienstalter wieder heraufsetzen. Müssten die Armeeangehörigen bis zum Alter von 40



MILITÄRMINISTER UELI MAURER Er möchte die schweren Waffen wie Artillerie und Panzer reduzieren. FABIAN BIASIO

Dienst leisten, ergäbe dies 50 Prozent mehr Soldaten.

Spezialisten fürs Ausland

Doch nicht nur beim Armeebestand möchte Maurer ansetzen. Ganz untypisch für einen SVP-Bundesrat stellt er auch einen Ausbau der Auslandaktivitäten in Aussicht. Im Blickfeld hat er dabei allerdings nicht bewaffnete Einsätze wie in Kosovo, son-

dern ein verstärktes humanitäres Engagement in den Segmenten Sanität, Rettung und AC-Schutz. «Wir sind Spezialisten in diesen Bereichen, da können wir der Welt noch mehr bieten als bisher», lässt sich der Armeeminister zitieren und betont dabei die humanitäre Tradition der Schweiz.

Bemerkenswert ist, wie Nationalrat Ulrich Schlüer auf sol-

che Ankündigungen reagiert. Der SVP-Hardliner fände einen Ausbau der humanitären Auslandhilfe positiv – allerdings, so fordert er, müsste diese im Katastrophenhilfekorps angesiedelt und die Kosten von Micheline Calmy-Reys Aussendepartement getragen werden. Beabsichtigt Maurer am Ende gar seiner Rivalin ein Ei ins Nest zu legen? Ganz abwegig ist das nicht, denn

gemäss «Sonntag» spitzt sich der bekannte Konflikt zwischen den beiden Magistraten zu: Maurer lässt derzeit ausgerechnet von einem SVP-Vertreter eine Studie erstellen, welche die gesamten Kosten der von Calmy-Rey stets geförderten Auslandseinsätze ans Licht bringen soll. Und diese sollen gemäss Maurer wesentlich höher liegen, als bisher ausgewiesen wurde.

Das sagen Sicherheitspolitiker über Maurers Abbaupläne

CHRISTIAN MIESCH, SVP:

«Für mich sind 200 000 Armeeangehörige, wie wir sie heute haben, eine optimale Grösse. Eine Verkleinerung ist nicht angebracht. In den letzten Jahren wurde bei der Armee schon genügend abgespeckt, weil der finanzielle Druck derart hoch ist.»



EVI ALLEMAN, SP:

«Die Ankündigungen von Ueli Maurer sind vernünftig und beständigen unsere Position: Die Armee, wie wir sie heute haben, ist kaum mehr finanzierbar, es braucht eine Reduktion. Nun sollte man ernsthaft über die Abschaffung der Wehrpflicht diskutieren.»



PIUS SEGMÜLLER, CVP:

«Der Abbau des Truppenbestandes ist ein Akt der Vernunft, es gibt aufgrund der demografischen Entwicklung gar keine sinnvolle Alternative dazu. Wir wollen zwar weiterhin eine Milizarmee, aber ein Massenheer wie früher brauchen wir längst nicht mehr.»



CORINA EICHENBERGER, FDP:

«Die von Ueli Maurer genannten Abbaupläne sind realistisch. Allerdings darf das Budget trotz der Reduktion nicht gekürzt werden. Unsere Armee darf kleiner werden, aber technisch muss sie gut ausgerüstet sein, beispielsweise bei der Elektronik oder den Fliegern.»



GERI MÜLLER, GRÜNE:

«Die Stossrichtung ist korrekt: Wir brauchen die Armee in ihrer jetzigen Form nicht. Klar ist für mich auch, dass der Personalabbau eine deutliche Kostenreduktion mit sich bringen muss. Stattdessen in teure Geräte zu investieren, wäre völlig falsch.»



SP stellt sich gegen Pelli

Blocher kritisiert die FDP

SP-Vizefraktionschef Andy Tschümperlin will einen Monat vor den Bundesratswahlen nichts wissen von einem Kandidaten Fulvio Pelli. Es gebe in der SP grosse Vorbehalte gegen den FDP-Präsidenten, sagte er in der «Zentralschweiz am Sonntag». Denn Pelli sei der Kandidat der SVP und für die SP nicht wählbar. Grundsätzlich sei der Anspruch der FDP auf einen zweiten Bundesratsplatz aus seiner Sicht aber nicht bestritten.

Während die Chancen des FDP-Präsidenten zu sinken scheinen, nahm sich CVP-Präsident Christophe Darbellay am Samstag selbst aus dem Rennen. In einem Interview mit «Le Matin» sagte er, dass er kein Kandidat sei. Er betrachte Urs Schwaller als besten Trumpf der CVP. Zu Wort meldete sich auch SVP-Präsident Toni Brunner. Er zeigte sich gegenüber dem «Sonntag» überrascht von den starken Strömungen im Präsidium, die einen eigenen Kandidaten wollen (MZ vom Freitag). Alt Bundesrat Christoph Blocher kritisierte im «Sonntags Blick» die FDP, deren Kandidatensuche den Ansprüchen der SVP nicht gerecht werde.

Pelli warnte am Abend in Interviews von Schweizer Radio DRS und Schweizer Fernsehen die SVP. Eine SVP-Kandidatur würde eine sehr komplizierte Situation schaffen und die Bundesratswahl zum Chaos machen. (AP)

4500 Klicks für das Wunschprogramm der SP

Mit der Resonanz auf ihre Initiativen-Ideen ist die SP sehr zufrieden

Die SP lässt die Bevölkerung darüber abstimmen, welche Initiative sie lancieren soll. Bis anhin beteiligen sich nur SP-Freunde.

KAREN SCHÄRER

Es ist Halbzeit. Vor zwei Monaten hat die SP Schweiz fünf Ideen präsentiert. In zwei Monaten sollen die Delegierten am Parteitag eine davon zur neuen SP-Volksinitiative küren. In der Zwischenzeit ist die Öffentlichkeit aufgerufen, über die fünf Projekte abzustimmen und so mitzubestimmen, welches Projekt zum Zug kommt.

Rund 4500 Personen haben bis jetzt per Mausclick für eine der fünf Initiativen gestimmt. Darüber zeigt sich die SP erfreut. «Das ist mehr, als wir erwartet haben», sagt Generalsekretär Thomas Christen. Mit fast 31 Prozent der Stimmen auf dem ersten Platz liegt der Vorschlag, mehr

Geld in erneuerbare Energien zu stecken und so neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mit gut 25 Prozent auf dem zweiten Platz ist die Initiative für einen Mindestlohn von 3500 Franken. Dass gerade diese zwei Ideen ankommen, überrascht Christen nicht. «In der aktuellen Wirtschaftslage haben diese Initiativen eine hohe Aktualität», sagt er. Die Bedeutung der sozialen Frage, der Sicherheit und des Lohns nehme zu.

SP erhebt keine Daten

Während 21 Prozent für einen Elternurlaub für Mutter und Vater stimmen, wollen je rund 11 Prozent eine nationale Erbschaftssteuer einführen (um mit den Erträgen Familien von den Krankenkassenprämien zu entlasten) und das Rentenalter flexibilisieren. Wer die Personen sind, die auf der Website ihre Stimme abgeben, weiss die Partei nicht. Die SP erhebt keine Daten;

ein Klick genügt, um teilzunehmen. Aufschlussreicher sind die rund 100 Rückmeldungen auf dem SP-Blog sowie Briefe, die ans Generalsekretariat geschickt wurden. «Wir haben 50 bis 100 Zuschriften erhalten, deren Absender nicht Mitglieder der Partei sind», sagt Christen. Aus den öffentlich einsehbaren Rückmeldungen auf der SP-Website ist aber ersichtlich, dass der Grossteil von Sympathisanten und SP-Wählern stammt.

Nur wenige kritische Stimmen tauchen auf. Damit gelingt es der SP offenbar nicht, den «Puls» der Bevölkerung ausserhalb des Kreises der Parteimitglieder und Sympathisanten zu fühlen. «Das war auch nicht unser Anspruch», sagt Christen. Ziel der Aktion sei, eine möglichst breite Diskussion zu entfachen. Bei der Parteibasis komme das neuartige Mitspracherecht gut an.

Nachrichten

Maturanden sind schlecht in Mathe

Eine Studie der Universität Zürich bringt ans Tageslicht: Die Schweizer Maturanden haben Mühe mit Mathematik – und zwar nicht nur ein bisschen. 40 Prozent straukelten bei der schriftlichen Mathe-Prüfung und erzielten eine ungenügende Note. Dies berichtet der «Sonntag». Bei Maturanden mit Schwerpunkt Pädagogik sind es sogar über 50 Prozent. Und auch die Deutsch-Ergebnisse sind kein Ruhmesblatt: Jeder Fünfte erhält im Schriftlichen eine Note unter 4. In Auftrag gegeben wurde die Studie von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, befragt wurden 3800 Maturanden. (BRE)

Neuer Autobahnanschluss für Berner Stadtzentrum

Am Samstag ist der neue Autobahnzubringer Neufeld in Bern eröffnet worden. Die neue, grösstenteils in einem 556 Meter langen Tunnel verlaufende Strasse verbindet das Stadtzentrum mit der Autobahn A1 und entlastet das Länggassquartier. Die gesamten Baukosten belaufen sich auf 79 Millionen Franken. 74 Prozent davon übernimmt der Bund. (AP)